

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung von Gender Mainstreaming in Wissenschaft und Forschung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Ausgangslage	2
Zielsetzungen der Bundesregierung	2
Maßnahmen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Berichtszeitraum	2
Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen	2
Hochschule	2
Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen	3
Übergreifende, strukturell wirkende Projekte	3
Steigerung der Beteiligung von Frauen an der Informations- gesellschaft und Aktivierung von Frauen für naturwissenschaftlich- technische Berufsfelder	4
Steigerung der Beteiligung von Frauen an der Informationsgesellschaft	4
Aktivierung von Frauen für naturwissenschaftlich-technische Berufsfelder	4
Übergreifende Projekte	5
Chancengleichheit in der Berufsausbildung/Weiterbildung	5
Bereichübergreifendes Projekt	6
Internes Projekt	6

Ausgangslage

Artikel 3 des Grundgesetzes enthält die Verwirklichung der Gleichstellung als aktives Gebot. Daraus ergibt sich die politische Aufgabe, durch geeignete Maßnahmen die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verwirklichen. In der letzten Legislaturperiode ist es der Bundesregierung gelungen, Gleichstellungspolitik zu einem zentralen gesellschaftlichen Thema und Reformprojekt zu machen.

Die dadurch erzielten Resultate zeigen eine Tendenzwende zu mehr Gleichstellung im Bereich von Bildung und Forschung. Inzwischen legen mehr Mädchen als Jungen das Abitur ab und mehr junge Frauen als Männer beginnen ein Studium. Jede dritte Dissertation wird heute von einer Frau geschrieben. Dieser Trend in Bezug auf die Partizipation von Frauen an (hohen) Bildungsabschlüssen setzt sich aber in den Entscheidungs- und Führungspositionen von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sowie in technikorientierten Berufs- und Studiengängen nicht fort. Gegenwärtig sind deshalb die auf dem grundgesetzlichen Auftrag gründenden Zielsetzungen im Bereich von Bildung und Forschung noch nicht befriedigend erreicht.

Zielsetzungen der Bundesregierung

Die Bundesregierung geht davon aus, dass die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen für die Zukunftsgestaltung nur bewältigt werden können, wenn die Potentiale und die Kreativität von Frauen und Männern genutzt werden. Mit Blick darauf hat die Bundesregierung mit Kabinettsbeschluss von 1999 „Gender Mainstreaming“ eingeführt. Die darunter zu verstehende geschlechtsdifferenzierte Sichtweise in allen gesetzgeberischen, verwaltenden und politischen Maßnahmen soll als Instrument zur Erreichung von Chancengleichheit dienen.

Maßnahmen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Berichtszeitraum

Da die aktuelle Lage einen Handlungsbedarf zur Verbesserung der Partizipation von Frauen in den Bereichen Hochschulen/Forschungseinrichtungen, Frauen in der Informationsgesellschaft und naturwissenschaftlich/technischen Studiengängen sowie in Teilfeldern der beruflichen Bildung aufzeigt, hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in seinem Zuständigkeitsbereich unterschiedliche Maßnahmen und Projekte eingeleitet.

Hierzu gehört auch das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“, das durch die Investitionen in Ganztagschulen in erster Linie eine bessere und individuellere Förderung von Schulkindern ermöglicht. Daneben wird es auch eine erhebliche Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Müttern und Vätern schulpflichtiger Kinder bewirken.

Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

Zur Sicherung des Forschungsstandortes Deutschland ist es erforderlich, auch die bei Wissenschaftlerinnen vorhandenen Kompetenzen adäquat in alle Forschungsfelder einzu-

binden. Die Tatsache, dass mittlerweile jede fünfte Habilitation von einer Frau geschrieben wird, aber nur etwas mehr als jede zehnte Professur von einer Frau besetzt ist, zeigt, dass hoch qualifizierte Frauen in den Spitzenpositionen der Hochschulen nicht ausreichend vertreten sind. An den außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist derzeit nur jede zwanzigste Führungsposition mit einer Frau besetzt. Die Bundesregierung hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, den Frauenanteil bei den Hochschullehrkräften und in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen deutlich zu steigern.

Hochschule

HWP-Fachprogramm „Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre“

Gemeinsam mit den Ländern wurde ab 2001 als Teil des Hochschul- und Wissenschaftsprogramms (HWP) das Fachprogramm „Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre“ in Höhe von rund 30,7 Mio. Euro jährlich aufgelegt. Ziel dieses Programms ist die Überwindung bestehender struktureller Hemmnisse. Insbesondere werden Mentorinnenprogramme, der Aufbau von Wissenschaftlerinnennetzwerken und Maßnahmen, die die Qualifizierung für eine Professur an Universitäten oder Fachhochschulen oder Promotionen begleiten, gefördert. Ebenso werden Aktivitäten einzelner Hochschulen zur Steigerung des Anteils von Frauen in naturwissenschaftlichen und technischen Studiengängen durch dieses Förderprogramm unterstützt. Um weitere Erkenntnisse über die Ursachen der Unterrepräsentanz von Frauen im Wissenschaftsbereich zu erhalten, sind Teile des HWP-Fachprogramms auch Forschungsprojekte im Bereich der Frauen- und Genderforschung. Die vielseitigen Umsetzungen der Programmteile in den einzelnen Ländern sind über das HWP-Portal (www.cews.uni-bonn.de/hwp) dokumentiert. Im November 2003 wird ein Kongress in Hannover zu den Maßnahmen des HWP-Programms durchgeführt, um erste Ergebnisse hierzu zu diskutieren.

Einführung der Juniorprofessur

Mit der Reform des Dienstrechts an den Hochschulen und der Einführung der Juniorprofessur sowie der Vorgriffsförderung von Juniorprofessuren durch Bundesmittel hat die Bundesregierung auch beabsichtigt, eine angemessene Beteiligung von jungen Wissenschaftlerinnen an den Juniorprofessuren zu erreichen. Es zeigt sich, dass dieses neu eingeführte Instrument geeignet ist, die Beteiligungsquote von Frauen an den Professuren deutlich zu verbessern. Nach den aktuellen Zahlen von 2003 wurden im Rahmen der Vorgriffsförderung durchschnittlich 25 % der Juniorprofessuren an Frauen vergeben.

Anstoß zum Aufstieg - Karrierestrategien für Wissenschaftlerinnen

Das CEWS nahm im Berichtszeitraum das Programm „Anstoß zum Aufstieg – Karrierestrategien für Wissenschaftlerinnen“ auf. Bis März 2003 haben über 500 hochqualifizierte Wissenschaftlerinnen an den 32 Trainingsseminaren teilgenommen, die seit Dezember 2001 bundesweit durchgeführt werden. Dieses Coaching-Programm dient der individuellen Karriereplanung und bereitet konkret auf Bewer-

bungen und Verhandlungen für eine (Junior-)Professur vor. Die Wissenschaftlerinnen nutzen die Vernetzungsmöglichkeiten über die Wissenschaftlerinnen-Datenbank FemConsult und den elektronischen Newsletter des CEWS zur umfassenden Netzwerkbildung und als Informations- und Austauschbörsen. Im Oktober 2002 erfolgte die dritte öffentliche Ausschreibung der Trainingsseminare mit dem Ziel, etwa 300 weiteren Nachwuchswissenschaftlerinnen die Teilnahme an diesem erfolgreichen Programm im Jahr 2003 zu ermöglichen.

Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

Strukturelle Vorgaben

Gender Mainstreaming ist Führungs- und Leitungsaufgabe. Das BMBF hat deshalb bei den Forschungszentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft im Berichtszeitraum erwirkt, dass zur Durchsetzung der Chancengleichheit Grundsatzbeschlüsse der Aufsichtsgremien gefasst, Personalentwicklungspläne zur Chancengleichheit vorgelegt und Beauftragte für Chancengleichheit, angesiedelt beim Vorstand, bestellt wurden. Damit wurden auf administrativer Ebene notwendige Strukturvorgaben für die Durchführung und Kontrolle von Chancengleichheitsmaßnahmen geschaffen.

100-Stellen-Programm

Strukturelle Rahmenbedingungen können jedoch nur langfristig Wirkung erzielen. Deshalb wurden vom BMBF für die Forschungseinrichtungen der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft in den Jahren 1999 und 2000 jeweils 100 unbefristete neue Stellen geschaffen, die Wissenschaftlerinnen bessere Perspektiven eröffnen. Das BMBF geht davon aus, dass sich auch dadurch in Zukunft eine bessere Beteiligung von Wissenschaftlerinnen in Führungspositionen der Forschungseinrichtungen erreichen lässt.

Kinderbetreuung in Forschungseinrichtungen

Nach den Ergebnissen der sozialwissenschaftlichen Forschung und der Erfahrung aus der Praxis ist der erfolgreiche Karriereverlauf von Frauen insbesondere davon abhängig, inwieweit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegeben ist. Familie und Forschung – Kinder und Karriere dürfen keine Gegensätze mehr sein. Das BMBF hat daher die staatlich geförderten Forschungseinrichtungen ermächtigt, öffentliche Zuwendungen zur Erschließung und Sicherung von Kinderbetreuungsangeboten für ihre Beschäftigten zu nutzen. Dies war umso erforderlicher, da Forschungseinrichtungen häufig örtlich so gelegen und durch Laborzeiten derartig strukturiert sind, dass die Beschäftigten kommunal zur Verfügung gestellte Angebote zur Kinderbetreuung nicht wahrnehmen können. Entsprechend den unterschiedlichen Bedingungen einzelner Forschungseinrichtungen hat sich ein stark differenziertes Angebot von Kinderbetreuungsmodellen entwickelt. Dieses trägt erfolgreich dazu bei, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem für Wissenschaftlerinnen zu verwirklichen. Darüber hinaus wird dadurch ein Beitrag zur Erhöhung der Attraktivität deutscher Forschungseinrichtungen bei der Gewinnung von in- und ausländischem Wissenschaftspersonal geleistet.

Übergreifende, strukturell wirkende Projekte

Kompetenzzentrum „Frauen in Wissenschaft und Forschung“ (CEWS)

Zur Verstärkung und Verstetigung der Maßnahmen für Frauen in Wissenschaft und Forschung wurde das „Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung“ (CEWS) im September 2000 am Wissenschaftsstandort Bonn gestartet. Es hat als Service-Zentrum eine wichtige Informations- und Schnittstellenfunktion. Das CEWS schlägt in der gleichstellungspolitischen Arbeit die Brücke zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit einem umfassenden Informationsservice und mit einer in Europa einmaligen Expertinnendatenbank mit über 6 500 Daten über hoch qualifizierte Wissenschaftlerinnen. Mit der Durchführung von Veranstaltungen und Veröffentlichungen wie dem „Handbuch zur Chancengleichheitspolitik in den Forschungseinrichtungen“ trägt es dazu bei, die Gleichstellung von Wissenschaftlerinnen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu fördern. Das Kompetenzzentrum genießt als Informationsstelle europaweit Vorbildfunktion. Zu Beginn des Jahres 2002 wurde beispielsweise in der Republik Tschechien ein ähnliches Zentrum gegründet, in den Niederlanden wird ein weiteres geplant.

Die Wissenschaftlerinnen-Datenbank, FemConsult, die mit mehr als 7 000 Datensätzen von Wissenschaftlerinnen europaweit beispielhaft ist und u. a. bei der Besetzung von Führungspositionen, Professuren und Gremien zur Verfügung steht, wurde weiter ausgebaut. Sie ist jetzt auch online zu benutzen. Das CEWS präsentiert ein täglich aktualisiertes Internet-Portal und einen umfangreichen elektronischen Newsletter. Diese Online-Angebote werden von Betroffenen und Gleichstellungsbeauftragten, die Informationen zum Thema Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung suchen, häufig abgefragt.

Total E-Quality für Hochschulen und Forschungseinrichtungen

Das BMBF hat bereits 1999 ein Projekt zur Übertragung des in der Wirtschaft erfolgreich eingesetzten Total E-Quality-Prädikats auf Hochschulen und Forschungseinrichtungen gestartet. Ziel des Projektes ist es, durch Vergabe des Total E-Quality-Prädikats die Motivation der Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu stärken, innovative Formen der Gleichstellung in ihre Personalentwicklungsplanung einzubeziehen. Die hierfür entwickelten Bewertungskriterien ermöglichen es, spezifische Gleichstellungsmaßnahmen zu beurteilen und im Sinne eines Benchmarking mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen zu vergleichen. Im Mai 2002 wurden die ersten Prädikate an 13 Hochschulen und Forschungseinrichtungen vergeben. Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden verstärkt aufgefordert, sich an dem Wettbewerb um das Prädikat zu beteiligen; sie werden bei der Antragstellung beraten und erhalten Unterstützung bei der Verwertung des Prädikats als Marketinginstrument.

Abschlusskonferenz zur „Internationale Frauenuniversität Technik und Kultur (ifu)“

Durch das BMBF wurde während der EXPO 2000 das Projekt einer zeitlich begrenzten „Internationale Frauenuniversität Technik und Kultur“ (ifu) gefördert. Im Rahmen dieses Projektes konnten ca. 950 Studentinnen aus aller Welt für

die Dauer von 100 Tagen ein forschungsorientiertes postgraduales Studienangebot in englischer Sprache wahrnehmen. Das Projekt verstand sich als Zukunftswerkstatt und Studienreformprojekt für und von Frauen in Wissenschaft, Forschung, Kunst und Kultur. Auf einer internationalen Abschlusskonferenz Ende Mai 2002 wurden die Ergebnisse der ifu präsentiert und Perspektiven für die Weiterführung der Reformansätze diskutiert. Das Konzept war nicht nur wegen seiner Internationalität und Interdisziplinarität etwas neues, sondern vor allem wegen seiner Leitidee: Weibliche Exzellenz, weibliche Denkansätze und Lösungsvorschläge für Wissenschaft und Forschung sollten weltweit sichtbar werden. Damit war die ifu auch ein wesentlicher Beitrag zum Gender Mainstreaming und zur Chancengleichheit von Frauen in Bildung und Forschung.

Kontaktstelle „Frauen in die EU-Forschung“ (FiF)

Im Juli 2001 wurde innerhalb des EU-Büros des BMBF ein neuer Arbeitsbereich eingerichtet, um die Beteiligung von Wissenschaftlerinnen als Projektkoordinatorinnen oder in forschungspolitisch wichtigen Entscheidungsgremien der Rahmenprogramme zu unterstützen und zu erhöhen. Die Kontaktstelle „Frauen in die EU-Forschung“ (FiF) bietet als Dienstleistung Wissenschaftlerinnen, die eine Beteiligung an den Rahmenprogrammen der EU in Erwägung ziehen oder bereits daran arbeiten, formale und inhaltliche Beratung an und mobilisiert durch fachspezifische Informationsveranstaltungen zur Antragstellung. Die Zielerreichung ist erst im Verlauf des 6. Rahmenprogramms der EU feststellbar. Positiv ist bereits die Erhöhung des Anteils von deutschen Gutachterinnen in der Datenbank der EU von 57 im Jahre 1999 auf 533 Gutachterinnen zu Beginn des Jahres 2002.

Steigerung der Beteiligung von Frauen an der Informationsgesellschaft und Aktivierung von Frauen für naturwissenschaftlich-technische Berufsfelder

Die strukturellen Veränderungen durch die Informationsgesellschaft bieten die Chance, die gesellschaftliche Gleichberechtigung zu erreichen und die zu bewältigenden Aufgaben in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Frauen und Männern gemeinsam zu lösen. Die Nutzung der Informationstechnologie und vor allem die Nutzung des Internets geht mit einer Stärkung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit und Eigenständigkeit von Frauen einher. Deshalb ist es Ziel der Bundesregierung, Frauen gleichberechtigt an der Entwicklung und Gestaltung der Informationsgesellschaft zu beteiligen. Gender Mainstreaming dient dabei als Instrument, die mangelnde Beteiligung von Frauen an der Informationsgesellschaft aufzuzeigen und darauf basierend, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu entwickeln. Es geht dabei darum, die Ausbildungschancen junger Frauen in zukunftsorientierten Berufen der Informationsgesellschaft zu erhöhen. Gleiches gilt für die Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der technischen Ausbildungen und Berufe. Die Bundesregierung hat dazu im Berichtszeitraum die Programme „Frauen in der Informationsgesellschaft“ und „Frau und Beruf“ aufgelegt. Im Zuständigkeitsbereich des BMBF wurden dazu die nachfolgenden Maßnahmen aufgenommen.

Steigerung der Beteiligung von Frauen an der Informationsgesellschaft

Frauen ans Netz

Das BMBF, die Bundesanstalt für Arbeit, die Deutsche Telekom und die Zeitschrift Brigitte führen die erfolgreiche Public-private-Partnership Aktion „Frauen ans Netz“ bis ins Jahr 2003 weiter. Ziel der Aktion ist es, perspektivisch den Anteil von Frauen im Internet auf mindestens 50 % zu steigern. Frauen sollen sich aktiv an der Mitgestaltung des weltweiten Netzes und der Informationsgesellschaft beteiligen. „Frauen ans Netz“ bietet bundesweit in Kooperation mit regionalen Bildungsträgern kostenlose dreistündige Einstiegskurse zum Kennenlernen des Internets sowie Praxiskurse zur Recherche im Internet an. Seit 1998 wurden 12 000 Kurse in 269 Städten und Regionen durchgeführt. Im Berichtszeitraum ist das Aktionsangebot schwerpunktmäßig an den Interessen von nichterwerbstätigen Frauen, Frauen auf dem Land, Frauen in den neuen Bundesländern sowie Seniorinnen ausgerichtet worden. Ein neues offenes Angebot in Bibliotheken wurde an 7 Standorten erfolgreich erprobt und wird im Jahr 2003 auf 100 Bibliotheken bundesweit ausgedehnt werden. Das enorme Interesse der Frauen spiegelt die Statistik wider: Es gab bisher insgesamt über 20 Millionen Zugriffe auf die Homepage von „Frauen ans Netz“ und mehr als 120 000 Frauen haben die Kurse besucht.

Lehrerinnen und Schülerinnen ans Netz

Parallel zur Ausstattung aller Schulen mit Internet-Anschlüssen werden besondere Schwerpunkte auf die Internet-Nutzung durch Lehrerinnen und Schülerinnen gesetzt. Das BMBF hat die Förderung der Projekte LeaNet für Lehrerinnen und LizzyNet für Schülerinnen bis ins Jahr 2005 ausgedehnt. LeaNet soll zu einem Netzwerk für alle Lehrerinnen im Internet werden, sowohl für diejenigen, die ihre ersten Surfversuche im Netz unternehmen, als auch für diejenigen, die bereits Interneterfahrungen gesammelt haben. Mit LizzyNet wurde ein spezielles Netz für Schülerinnen eingerichtet, in dem Mädchen bundesweit die Möglichkeit geboten wird, den Zugang zum Internet zu erlernen und sich ins Netzgeschehen einzumischen.

Aktivierung von Frauen für naturwissenschaftlich-technische Berufsfelder

Bericht „Frauen in den ingenieur- und naturwissenschaftlichen Studiengängen“

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung hat am 2. Mai 2002 den Bericht „Frauen in den ingenieur- und naturwissenschaftlichen Studiengängen“ beschlossen. Der Bericht liefert eine Standortbestimmung über die Situation von Frauen in den entsprechenden Studiengängen und beschreibt den sich hieraus ergebenden Handlungsbedarf und die Folgerungen. Eine Reihe von Maßnahmen und Projekten zur Verbesserung des Frauenanteils in den technischen und naturwissenschaftlichen Berufen und Studiengängen sind in den letzten Jahren durchgeführt bzw. begonnen worden. Die bisher eingeleiteten Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Naturwissenschaft und Technik zeigen bereits Wirkung: In den neuen IT- und Medienberufen ist beispielsweise der Frauenanteil von 14,7 % in 1997 auf 23,4 % in 2002 gestiegen.

Entwicklung und Evaluierung von Roboterkursen

Ziel der Bundesregierung ist es, den Anteil von Frauen in den technischen und naturwissenschaftlichen Berufen deutlich zu steigern. Junge Frauen sollen besonders dabei unterstützt werden, ihr Berufswahlspektrum zu erweitern. Eine Voraussetzung dafür ist, Mädchen und junge Frauen so früh wie möglich auf geeignete Weise für Technik zu interessieren und ihre Berufswünsche auch auf naturwissenschaftlich-technische Ausbildungsgänge zu richten. Studien zeigen, dass durch Roboter-Kurse das Interesse von Mädchen und jungen Frauen an der Konstruktion und Entwicklung geweckt werden kann. Das BMBF hat mit der Fraunhofer Gesellschaft, Institut für Autonome intelligente Systeme, im Herbst 2002 das dreijährige Projekt „Roberta – Mädchen erobern Roboter“ gestartet. Die Entwicklung von Roboterkursen orientiert sich zwar an den Interessen von Mädchen und jungen Frauen, es sollen jedoch keine „speziellen Mädchenkurse“ entwickelt werden. Vielmehr sollen unter dem Gesichtspunkt des Gender Mainstreaming Beispiele gewählt und Materialien entwickelt werden, die sowohl Mädchen als auch diejenigen Jungen ansprechen, die sich – allen Vorurteilen zum Trotz – bisher nicht für Technik und Naturwissenschaften interessieren.

Frauen in Luft- und Raumfahrt

Mit mehr als 1 300 Teilnehmerinnen hat die vom BMBF Anfang Mai 2002 unter der Schirmherrschaft von Bundesministerin Edelgard Bulmahn durchgeführte Veranstaltung „Über den Horizont und weiter. Frauen in der Luft- und Raumfahrt“ besonderen Anklang bei den jungen Frauen gefunden. Die Teilnehmerinnen informierten sich und diskutierten mit renommierten Expertinnen aus der Luft- und Raumfahrt über ihren Bildungsweg, den praktischen Job und darüber, wie sich der Beruf mit dem Wunsch nach Kindern vereinbaren lässt.

Mädchen und Frauen in den Ingenieurwissenschaften

Im Berichtszeitraum wurde das Projekt „Do.ing“ mit der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen fortgeführt. Schülerinnen der Oberstufe sowie Lehrerinnen und Lehrer werden sowohl über das Berufsbild „Ingenieurin“ als auch über ein naturwissenschaftlich-technisches Studium an der RWTH Aachen informiert. In diesem Projekt werden die kognitiven, affektiven und sozial-educativen Faktoren, die einer ingenieurwissenschaftlich orientierten Berufswahl von Schülerinnen entgegenstehen, analysiert. Mit einem umsetzungsorientierten Konzept soll das Interesse der Schülerinnen für ein naturwissenschaftlich-technisches Fach geweckt werden.

Mentoring Programm für Frauen in der Informatik

Im vom BMBF seit 2001 geförderten Modellprojekt MUFFIN21 unterstützen Beraterinnen aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen Studentinnen bei der Planung ihrer beruflichen Karriere. Ein wesentliches Ziel ist es, den Arbeitsplatz Forschung für die Nachwuchswissenschaftlerinnen attraktiver zu machen, um so mehr Frauen für Informatikstudiengänge gewinnen zu können. Das Mentoring-Projekt MUFFIN21 (Mentoring zwischen Universität, Forschung und Firmen aus der Initiative D21) ist ein gemeinsames Projekt der Fraunhofer-Gesellschaft

und der Initiative D21, die im Zusammenwirken von Politik und Wirtschaft den Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft beschleunigen möchte. Die jungen Frauen haben die Wahl, ob sie ihren Berufsweg zusammen mit einer Frau aus einer Forschungseinrichtung oder der Industrie planen möchten.

Übergreifende Projekte

Kompetenzzentrum „Frauen in der Informationsgesellschaft und Technologie“

Im April 2000 wurde das europaweit erste Kompetenzzentrum „Frauen in der Informationsgesellschaft und Technologie“ an der Fachhochschule Bielefeld eröffnet. Es bündelt bundesweit Maßnahmen zur Chancengleichheit in Bildung, Ausbildung, Beruf, Wissenschaft und Forschung. Das Kompetenzzentrum ist ein Projekt des im November 1999 gegründeten Vereins „Frauen geben Technik neue Impulse“ und wird vom BMBF und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert. Das Kompetenzzentrum koordiniert verschiedene Projekte wie beispielsweise „Frauen ans Netz“, den „Girls‘ Day“ und Expertinnennetze zu verschiedenen Themenschwerpunkten im IT-Bereich. Im Berichtszeitraum hat das Kompetenzzentrum zahlreiche Maßnahmen durchgeführt, die zum Ziel haben, den Anteil von jungen Frauen in den naturwissenschaftlich-technischen Fächern zu erhöhen sowie die Studien- und Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen im Bereich Informationsgesellschaft und Technologie deutlich zu verbessern.

Internationale Konferenz „Impulse nutzen“

Das BMBF hat gemeinsam mit der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung Anfang 2002 einen internationalen Kongress durchgeführt, auf dem innovative Modelle und Best-Practice-Beispiele aus den Bereichen Schule und Hochschule zur Steigerung des Anteils von Frauen in den naturwissenschaftlich-technischen Fächern vorgestellt wurden. Unter dem Titel „Impulse nutzen – Zukunftschancen durch eine neue Vielfalt in Studium und Lehre“ haben Expertinnen und Experten hervorgehoben, wie Gender Mainstreaming zum Impuls und Motor für eine Studienreform in Informatik und den Ingenieur- und Naturwissenschaften werden kann.

Chancengleichheit in der Berufsausbildung/ Weiterbildung

Gute allgemeine und berufliche Bildung haben eine wachsende Bedeutung für die individuellen Lebenschancen der Menschen sowie die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in unserem Land. Die qualifizierte Aus- und Weiterbildung ist das Kernstück jeder modernen Bildungspolitik und eine wichtige Zukunftsvorsorge. Der Sicherung einer breiten und qualitativ hochwertigen beruflichen Ausbildung kommt eine zentrale Bedeutung zu. Dabei müssen Ausbildungsordnungen von technischen Berufen sprachlich so gefasst sein, dass sie auch junge Mädchen und Frauen ansprechen, damit diese sich auf zukunfts-trächtige Berufsausbildungen orientieren.

Geschlechtsneutrale Formulierung von Berufsbildern

Im Berichtszeitraum hat das BMBF im Sinne von Gender Mainstreaming kontinuierlich daran gearbeitet, Berufsbilder vor allem von neuen Berufen und die entsprechenden Ausbildungsordnungen geschlechtsneutral zu formulieren.

Ausbildungsordnungen

Darüber hinaus sind die strukturellen Vorgaben in der Berufsbildung unter geschlechtsspezifischer Betrachtung ebenfalls von Bedeutung. Im Bereich der beruflichen Bildung hat sich die Bundesregierung u. a. dafür eingesetzt, spezifische Maßnahmen zur besonderen Förderung junger Menschen mit Verantwortung für Kinder zu ergreifen, um ihre Chancen auf Durchführung einer zukunftsträchtigen Ausbildung zu verbessern. Da die Berufsausbildung im dualen System grundsätzlich auf eine Vollzeitausbildung angelegt ist, bestehen für allein erziehende junge Mütter (und Väter) große Schwierigkeiten bei der Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz. Das BMBF hat sich deshalb dafür eingesetzt, für diesen immer größer werdenden Personenkreis rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um eine qualifizierte Ausbildung im dualen System mit der Kinderbetreuung zu vereinbaren. Mit dem im Bund-Länder-Ausschuss für berufliche Bildung von Bund und Ländern gemeinsam beschlossenen Eckpunktepapier zur „Modifizierten Vollzeitausbildung“ (Beschluss vom 29./30. März 2001) ist eine Grundlage geschaffen worden, die jungen, ausbildungswilligen Menschen in einer besonderen persönlichen Situation eine Ausbildung im dualen System ermöglicht. Hiernach kann eine tageszeitliche Verkürzung der Ausbildung bei im Übrigen unveränderter Regelausbildungsdauer erfolgen, es muss nur eine Anwesenheit von 75 % der üblichen betrieblichen Ausbildungszeit eingehalten werden. Damit wurde im Bereich der beruflichen Bildung ein wichtiger Schritt zur Erhöhung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und somit zur Herstellung von Chancengleichheit vollzogen.

Weiterbildung/Lebenslanges Lernen

Im Sachbereich Weiterbildung/Lebenslanges Lernen wurden in den Handlungsfeldern des Berichtszeitraums keine speziellen Maßnahmen für Frauen vorgesehen. Aufgrund der ESF-Kofinanzierung etlicher der aufgeführten Pro-

gramme (z. B. Lernende Regionen) sind jedoch die meisten Projekte aufgrund der EU-Vorgaben gehalten, Gender Mainstreaming als Querschnittsthema bei allen Aktivitäten zu berücksichtigen. Zur Erreichung dieses Ziels wird das BMBF im Jahr 2003 spezielle Workshops für die Projektnehmer anbieten, um Chancengerechtigkeit in diesen Feldern zu erreichen.

Bereichübergreifendes Projekt

Gender Mainstreaming im Förderprogramm „Neue Medien in der Bildung“

Die Bundesregierung beabsichtigt, Deutschland bis zum Jahr 2005 in eine Spitzenposition beim Einsatz von Bildungssoftware zu bringen. Mit dem Programm „Neue Medien in der Bildung“ sollen die neuen Medien dauerhaft und auf breiter Basis als Lehr-, Lern- und Arbeitsmittel in Schule, berufliche Aus- und Weiterbildung und Hochschule integriert werden. Zwei projektübergreifende Begleitvorhaben ergänzen die Fördermaßnahmen um den Aspekt des Gender Mainstreaming. So werden bei der Entwicklung der Bildungssoftware die Lern- und auch Lehrbedürfnisse von Frauen und Männern gleichermaßen berücksichtigt. Damit unterstützt das BMBF schon von Beginn des Lernens und Lehrens an die Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern. Die Entwicklung von Kriterien und Qualitätsstandards soll dazu beitragen, dass bei künftigen, öffentlich geförderten Multimedia-Projekten Gender Mainstreaming berücksichtigt wird.

Internes Projekt

Fortbildungsmaßnahmen zur Einführung von Gender Mainstreaming im BMBF

Entsprechend dem Kabinettsbeschluss von 1999 ist das BMBF wie auch alle anderen Bundesressorts gehalten, Gender Mainstreaming als politische Leitlinie in die Regelpraxis des BMBF einzuführen. Um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Zugang zu und Umgang mit diesem Instrument zu vermitteln, hat das BMBF in 2002 Fortbildungsveranstaltungen für alle Beschäftigten nach dem Top-down-Prinzip durch ein externes Expertinnen- und Expertenteam durchgeführt.

